

Jahrgang 69, 2020, Heft 2 – Inhalt

EDITORIAL	133
ONLINE-ARCHIV	
Thema: USA	136
MEINUNG	
<i>Roland Sturm</i>	
Die Corona-Krise und wir	137
AKTUELLE ANALYSE	
<i>Philipp Adorf</i>	
Die Parteilite schlägt zurück – Joe Bidens Sieg in den Demokratischen Vorwahlen.....	141
<i>Karsten Schäfer</i>	
Volle Fahrt Richtung Verkehrswende: Wie Fahrradentscheide als direktdemokratisches Instrument die Republik erobern	149
AKTUELLE FORSCHUNG	
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) Erste Ergebnisse der SOEP-Corona-Studie: Vor dem Virus sind nicht alle Erwerbstätigen gleich	156
FACHAUFSÄTZE	
<i>Benjamin Höhne</i>	
Grenzen des Demokratielabors: Wie wahrscheinlich ist eine Parlamentskooperation von CDU und AfD in Ostdeutschland?	157
<i>Roland Czada</i>	
Energiewendepolitik Aufgaben, Probleme und Konflikte	169
<i>Rolf G. Heinze</i>	
Wohnen und Teilhabe im Alter: Innovation durch Vernetzung.....	182

ESSAY

Frank Decker/Fedor Rubose

Koalitionsregime in Ländern und Bund

Auf dem Weg in die Kenia-Republik?..... 195

SERIE DEUTSCHLAND 2020

Sibylle Reinhardt

Politische Bildung für die Demokratie..... 203

Roland Sturm

Deutschland in Europa – Geschichte und Gegenwart..... 215

RECHTSPRECHUNG KOMMENTIERT

Heiner Adamski

Grundrechte und die Coronavirus-Pandemie

Eine exemplarische Problemskizze..... 227

POLITISCHE DIDAKTIK

Sören Torrau

„Und dann google ich...“

Recherchestrategien von Schüler*innen im Internet 235

Hans-Joachim von Olberg

Identitäre gegen Demokratie 246

DAS BESONDERE BUCH

Stefan Immerfall

Was ist mit dem Kapitalismus los?

über: Abhijit V. Banerjee und Esther Duflo (2020), Gute Ökonomie für harte

Zeiten: Sechs Überlebensfragen und wie wir sie besser lösen können..... 255

REZENSIONEN

Sibylle Reinhardt

Sören Torrau: Wie Präsentationen Wissen formen. Zur Entwicklung von

Lernerdidaktiken im Fach Gesellschaft 259

Christian Fischer

Gerd Himmelmann: Demokratie-Lernen in der Schule..... 260

AUTORINNEN UND AUTOREN 261

Die Partielite schlägt zurück – Joe Bidens Sieg in den Demokratischen Vorwahlen

Philipp Adorf

1. Sanders gegen Biden

Boten die Demokraten ihrer Wählerschaft im Herbst 2019 das größte und vielfältigste Anwärterfeld auf das Präsidentschaftsamt aller Zeiten, so lichtete sich dieses Feld nach den ersten vier Abstimmungen im Februar 2020 erstaunlich schnell. Anhand des Entwicklungsverlaufs der Demokratischen Vorwahlen zu einem Duell zwischen *Joe Biden* und *Bernie Sanders* lassen sich auch tiefere Tendenzen innerhalb der Partei ablesen. Beide Kandidaten standen für unterschiedliche politische Ziele sowie eine andersgeartete Strategie zur Rückeroberung des Weißen Hauses im November. Auf der einen Seite ließ sich mit *Joe Biden* der bevorzugte Repräsentant des Establishments vorfinden, der verspricht, auch die weißen Wähler des postindustriellen *Rust Belt* zurückerobern zu können. Punkten konnte er in den Vorwahlen gerade dank seiner Vergangenheit als Stellvertreter des ersten schwarzen Präsidenten bei der afro-amerikanischen Bevölkerung und älteren Wähler*innen.

Sichert *Biden* eine Rückkehr zur Normalität zu, so schlug *Bernie Sanders* mit seiner Forderung nach einer veritablen Revolution einen anderen Pfad auf dem Weg zur Präsidentschaft ein. *Sanders* war der mit großem Ausmaß bevorzugte Kandidat der jungen Wählerschaft sowie Demokratischer Wähler*innen, die sich als „liberal“ (in diesem Kontext linksliberal, progressiv) bezeichnen. Ideologisch lange am linken Rand der amerikanischen Politik verortet, sind die Ansichten des selbstbeschriebenen „demokratischen Sozialisten“ in der Demokratischen Partei nunmehr salonfähiger geworden. Doch wie vor vier Jahren konnte *Sanders* sich nicht gegen den bevorzugten Akteur des Demokratischen Mainstreams durchsetzen. Warum der Ende Februar schon als wahrscheinliche Sieger der Demokratischen Präsidentschaftskandidatur gehandelte Senator doch scheiterte, wird folgend aufgezeigt.



Dr. Philipp Adorf
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
Institut für politische Wissenschaft und Soziologie

Volle Fahrt Richtung Verkehrswende

Wie Fahrradentscheide als direktdemokratisches Instrument die Republik erobern

Karsten Schäfer

Von Kritik an Politik zum Bürgerbegehren

Kaum ein gesellschaftlicher Diskurs hat in den vergangenen fünf Jahren derart rasant Fahrt aufgenommen wie die Klimadebatte. Vor dem Hintergrund des wahrscheinlichen Verfehlens der im Jahr 2015 in Paris vereinbarten Klimaziele (insbesondere des *Zwei-Grad-Ziels für die Erderwärmung*) werden die Forderungen nach konkreten Maßnahmen für den Umwelt- und Klimaschutz immer lauter. Diese betreffen die Produktion sowie den Konsum umweltintensiver Verbrauchsgüter. Auch der Verkehrssektor ist in den Fokus der Kritik geraten. Dieser ist in Deutschland aktuell für rund 20 Prozent aller CO²-Emissionen verantwortlich, wie eine Auswertung des Bundesumweltamtes beispielhaft für das Jahr 2017 zeigt¹. Das oberste Ziel der *Verkehrswende* ist es, den Verkehr effizienter und nachhaltiger zu machen. Dies betrifft neben dem Transportwesen vor allem den Individualverkehr. Hierbei ist das Auto als „des Deutschen liebstes Fortbewegungsmittel“ auf-

grund seiner dürftigen Klimabilanz zuletzt immer stärker in Verruf geraten. Insbesondere im urbanen Raum gibt es Alternativen. Neben dem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) erfreut sich das Radfahren stetig wachsender Beliebtheit.

Im mittelfränkischen Erlangen (etwa 110.000 Einwohner) werden beispielsweise bereits heute² nach Angaben der „Initiative Radentscheid Erlangen“ 28 Prozent aller Wege mit dem Fahrrad zurückgelegt – Tendenz steigend. Dies deckt sich in etwa auch mit den Ergebnissen des letzten bundesweit durchgeführten „Fahrrad-Monitors“ aus dem Jahr 2019³. In einer Online-Befragung, bei der im Auftrag des Bundesverkehrsministeriums mehr als 3.000 Deutsche zwischen 14 und 69 Jahren zur Fahrradnutzung befragt wurden, gaben 43 Prozent von ihnen an, das Fahrrad „mindestens mehrmals pro Woche“ (Fahrrad-Monitor 2019: S.38) zu benutzen. Im Vergleich zur Erhebung im Jahr 2015 ist dies ein Anstieg um 5 Prozentpunkte. Es ist davon auszugehen, dass der Trend sich bundesweit verstetigt. Die Gründe dafür liegen aus Sicht der Fahrradfahrer auf der Hand: Radfah-



Karsten Schäfer,
Masterstudent Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Öffentliches Recht.
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.

Grenzen des Demokratielabors

Wie wahrscheinlich ist eine Parlamentskooperation von CDU und AfD in Ostdeutschland?

Benjamin Höhne

Zusammenfassung: Wie realistisch wäre ein Bündnis aus CDU und AfD in ostdeutschen Landtagen? Abgewogen werden verschiedene Pro- und Kontra-Argumente, auch mittels Daten einer Parteimitgliederstudie. Eine Vereinnahmungsstrategie von CDU gegenüber AfD wäre hochriskant, weil sie nicht aus einer Position der Stärke geführt werden könnte.

1. Parteiensystem im Umbruch, neue parlamentarische Bündnismodelle gesucht

Die Phase der klassischen Lagerkoalitionen sowie der lagerübergreifenden Großen Koalition scheint angesichts einer bröckelnden Mitte und erstarkender Ränder des Parteiensystems vorüber (vgl. *Niedermayer 2019*). Im Lichte der erodierenden Volksparteien und eines sich elektoral nachhaltig verankernden Rechtspopulismus werden händeringend neue Bündnisvarianten für die Parlamente gesucht, teils sogar schon erprobt. Dazu gehören neben einer Minderheitsregierung und Drei- oder Vierparteienkoalitionen theoretisch auch ein Mitte-Rechts-Bündnis. Eine Minderheitsregierung erfreut sich in Deutschland traditionell keiner großen Beliebtheit, und das Regieren mit vielen Parteien kann aufgrund seiner hohen Kompromissbedürftigkeit und erschwerten Verantwortungszuschreibung für die einzelnen beteiligten Parteien per se kein einfaches Unterfangen sein. Ob flexible Themenkoalitionen in der Praxis funktionieren können, ist fraglich. Schließlich verwischen sie den für die parlamentarische Demokratie konstitutiven Dualismus aus Regierungs- und Oppositionsparteien.



Dr. phil. Benjamin Höhne
stellv. Institutsleiter Institut für Parlamentarismusforschung (IParl) Berlin

Doch wie verhält es sich mit der Option einer Parlamentskooperation von Christlich Demokratischer Union und der Alternative für Deutschland? Zwar spielt eine solche im öffentlichen Diskurs nur eine randständige Rolle, auch wenn in den Reihen der Union einzelne dafür werbende Stimmen in jüngster Zeit lauter werden, aber wirft man einen Blick auf das Ausland, dann bietet sich ein anderes Bild: Rechtspopulistische Parteien sind – wenn sie es denn nicht aus eigener Kraft allein geschafft haben – durch Bündnisse oder Koalitionen mit konservativen Parteien an die Macht gekommen (vgl. Müller 2016). Mit wem auch sonst, ließe sich freilich nach der tieferen Bedeutung dieser Einsicht fragen.

Ob es einen zwingenden politikwissenschaftlichen Grund gibt, warum Deutschland von diesem Muster eine Ausnahme darstellen sollte, wird im Folgenden – unter Ausblendung normativer Erwägungen – anhand theoretischer Argumente und empirischer Befunde überprüft. Demnach könnte die Sorge längst nicht nur manch eines Christdemokraten, dass die „Brandmauer“ nach rechts in einem ihrer ostdeutschen Landesverbände brechen könnte, nicht gänzlich einer Berechtigung entbehren.

Der Analysefokus dieses Beitrags richtet sich in erster Linie auf die CDU. Um die Wahrscheinlichkeit einer wie auch immer gearteten Zusammenarbeit mit der AfD auszuloten, wird zuerst die Ausgangslage für die ostdeutschen Unions-Landesverbände skizziert. Zweitens werden grundlegende politische Einstellungen von Parteimitgliedern verglichen, um Schnittmengen oder Trennendes zu identifizieren. Drittens wird die CDU in zentralen Merkmalen ihres organisatorischen Selbstverständnisses gekennzeichnet. Abschließend soll die Prognose gewagt werden, ob die jüngsten Entwicklungen im ostdeutschen Parteiensystem einen Trend in der gesamtdeutschen Politik darstellen könnten. Bekanntlich bilden sich typischerweise in den Ländern Koalitionsinnovationen heraus, die später eine bundespolitische Fortsetzung erfahren können (vgl. Kropp/Sturm 1998).

2. Ost-CDU unter Druck, Richtungskurs innerparteilich zunehmend umkämpft

Seitdem die AfD in alle 16 Landesparlamente eingezogen ist (vgl. Schroeder/Wefels 2019), ist besonders die CDU unter Druck. Dies gilt noch mehr für den Osten der Republik, wo der Wählerzuspruch für die AfD größer und die CDU tendenziell schwächer aufgestellt ist. Innerparteiliche Zerreißproben stehen in der dortigen Union immer häufiger auf der Tagesordnung: Ihr – derzeit stärkerer – moderater Mitte-Flügel möchte sich strikt von den Rechtspopulisten abgrenzen, der – derzeit schwächere, sich vorsichtig formierende – konservative Flügel dagegen annähern. Rückwirkungen des umkämpften Richtungskurses auf die Bundesebene und damit die Tragweite des Problems traten erstmals im Februar 2020 zutage, als die Bundesvorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer ihren Rücktritt ankündigte, u.a. mit Verweis auf konfligierende innerparteiliche Ansätze beim Umgang mit Linkspartei und Rechtspopulisten. Seither herrscht in der Bundes-CDU ein Führungsvakuum, das angesichts der COVID-19-Pandemie einer baldigen Lösung ausharrt.

Energiewendepolitik

Aufgaben, Probleme und Konflikte

Roland Czada

Zusammenfassung

Die Energiewende ist eine Jahrhundertaufgabe. Sie setzt eine Politikwende voraus. Dabei geht es nicht nur um den *Zubau* von Windrädern und Solaranlagen. Größere Herausforderungen bestehen im *Umbau* weiter Teile der Wirtschaft, großtechnischer Infrastruktursysteme, des Arbeitsmarktes und in der Herausbildung neuer Lebensweisen. Sie stellen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vor vielfältige und komplexe Aufgaben, die in Deutschland bislang nicht zielführend gemeistert wurden.

Seit Beginn der 1980er Jahre gibt es die Forderung nach einer „Energiewende“. Gemeint ist der Übergang von fossilen und atomaren zu erneuerbaren Energiequellen: Sonne, Wind, Wasserkraft und nachwachsende Rohstoffe. In Deutschland galt lange die Vorstellung, es müssten nur genügend Sonnenkollektoren, Windräder und Biogasanlagen gebaut werden, die dann problemlos fossile Kraftwerke und Atommeiler ersetzen sollten. Zwischenzeitlich wissen wir, dass der Zubau von Anlagen regenerativer Energieerzeugung nicht ausreicht und sogar – wenn er unkoordiniert und abrupt erfolgt – zusätzliche Probleme verursacht, die anfangs nicht hinreichend bedacht wurden. Dazu zählen steigende Strompreise, Kosten des Strukturwandels, Akzeptanzprobleme, Verwerfungen im Parteiensystem, Engpässe und das Lastmanagement der Stromnetze, fehlende Energiespeicher, Herausforderungen der Sektorkoppelung, Planungsfehler, politische Koordinationsmängel, fehlende Gaskraftwerke zur Überbrü-



Prof. Dr. Roland Czada

Zentrum für Demokratie- und Friedensforschung, Universität Osnabrück

ckung von „Dunkelflauten“ und weitere Hindernisse. Der Beitrag soll verdeutlichen, wie die Politik mit den Problemen umgeht und welche Hindernisse sich ihr in den Weg stellen.

1 Vorgeschichte der Energiewende

Bis zum völligen Verzicht auf die Nutzung erschöpfbarer Energiequellen rechnen Fachleute mit etwa 100 Jahren Umbauzeit. Beginnend mit ersten Maßnahmen der Solarförderung im Jahr 1990, könnte das Ziel 2090 erreicht werden. Ein Umdenken in der Energiepolitik begann schon in den 1970er Jahren. Damals gab es weltweite Großdemonstrationen gegen die Kernkraft. Der 1972 erschiene Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ des „Club of Rome“ verwies auf die Notwendigkeit nachhaltiger Ressourcenschonung. Neben wissenschaftlichen Zukunftsszenarien beeinflussten Schadenereignisse die ökologische Wendedebatte: das „Ozonloch“, „Saurer Regen“, „Waldsterben“, „Steinesterben“, Chemiekatastrophen, Kernschmelzen in den Atomkraftwerken von Three Mile Island (1979), Tschernobyl (1986) und Fukushima (2011). Deren Folgen beherrschten in Deutschland mehr als in den meisten anderen Ländern die politische Tagesordnung.

Noch in den 1980er Jahren bedeutete Energiewende vor allem Atomausstieg. Er war das Hauptanliegen der 1980 gegründeten Partei der „Grünen“. Im gleichen Jahr präsentierten Mitarbeiter des Öko-Instituts Darmstadt in ihrem Buch „Energiewende – Wachstum und Wohlstand ohne Erdöl und Uran“ den Entwurf einer alternativen Energiezukunft. Das Thema Klimaschutz kam später auf, und zwar im Zusammenhang mit dem Abbau der Ozonschicht durch Treibhausgase, etwa das 1991 verbotene, in Spraydosen und als Kühlmittel eingesetzte FCKW. Nach der Kernschmelze im Atomkraftwerk „Tschernobyl“ 1986 erstarkte der Anti-AKW Protest, in dessen Folge einige Landesregierungen auf einen Ausstiegskurs umschwenkten, damals in scharfem Gegensatz zur Bundesregierung und unter Inkaufnahme einer verstärkten Kohleverstromung.

2 Energiewende und Föderalismus

Warum war die Umweltbewegung in Deutschland erfolgreicher als in anderen Ländern, in denen der Protest früher einsetzte? Bereits 1966 entstand in den USA das „Citizens Energy Council“, ein Zusammenschluss aktiver Kernenergiegegner, als in Europa noch Kernenergiebegeisterung herrschte. Die erste europäische Bürgerinitiative gegen Atomanlagen wurde 1968 in Paris gegründet. In Deutschland begannen lokale Proteste an neuen Kernkraftstandorten: 1972 in Wyl am Rhein, später in Grohnde, Kalkar, Brokdorf und Wackersdorf. Hamburg wollte schon Ende der 1970er Jahre von der Kernkraft loskommen. Teile der regierenden SPD nahmen Proteste gegen den Bau des unweit gelegenen Kernkraftwerks Brokdorf zum Anlass für ein energiepolitisches Wendemanöver. Der Stadtstaat war über die Hamburgischen Elektrizitätswerke

Wohnen und Teilhabe im Alter: Innovation durch Vernetzung¹

Rolf G. Heinze

Zusammenfassung

Nachdem auf die Bedeutung des Wohnens und des Engagements im Alter eingegangen wird, werden Determinanten wie Zufriedenheit, soziale und räumliche Selektivitäten, Haushaltsstrukturen sowie neue soziotechnische Optionen und nahräumliche Infrastrukturen diskutiert. Abschließend stehen sowohl Herausforderungen für ein „vernetztes“ Wohnen als auch Barrieren bei der Umsetzung im Mittelpunkt.

1. „Aging in Place“ als Leitbild

Richtet man den Blick auf gesellschaftliche Herausforderungen, dann wird zu Recht auf die *Demografie* als zentralen Faktor neben der Digitalisierung und dem Klimawandel verwiesen. Über die alternde Gesellschaft wird zukünftig auch nicht mehr nur debattiert werden, sondern sie wird sowohl die politische Agenda als auch die öffentlichen Diskurse bestimmen (müssen). Bis 2030 wird sich allein in Deutschland die Zahl der Rentner und Pensionäre gegenüber heute um mehr als drei Millionen erhöhen und damit den Alltag prägen, während die erwerbsfähige Bevölkerung schrumpft. Bereits derzeit sind nach dem DAK-Pflegereport von 2019 rund 3,7 Millionen Menschen in Deutschland pflegebedürftig (nur etwa ein Viertel davon wird stationär im Pflegeheim betreut). An dieser Stelle soll aber nicht über die damit verbundenen Kostensteigerungen oder Szenarien des Niedergangs des deutschen Sozialstaats philosophiert werden, vielmehr liegt der Fokus auf der gesellschaftlichen Teilhabe und der



Prof. Dr. Rolf G. Heinze
Lehrstuhl für Soziologie, Ruhr-Universität Bochum

Versorgung älterer Menschen. Deshalb wird bspw. nicht die Tragfähigkeit der Sozialfinanzen oder die Lastenverteilung zwischen den Generationen behandelt, sondern die Fokussierung liegt auf den grundlegenden Verortungspunkten der älteren Menschen: die Wohnung und das sozialräumliche Umfeld.

Mit der Ausdehnung der Lebensphase des Alters steigt die Bedeutung des Wohnsitzes. Die Wohnung wird mit steigendem Lebensalter immer stärker zum *Lebensmittelpunkt*. Wohnungen konstruieren die eigene Lebenswirklichkeit, sind mit vielen Erinnerungen versehen und geben damit Sicherheit. Man sucht in einer komplexen und beschleunigten Welt, die für viele (gerade Ältere) Orientierungsprobleme aufwirft, nach einem festen Bezugspunkt. Im Wohnen kann man seine Umwelt gestalten, wobei eine gute „Passung“ zwischen den individuellen Bedürfnissen und Wünschen älterer Menschen und dem sozialräumlichen Umfeld anzustreben ist. Höpflinger hat schon 2009 in seinem Buch zum Wohnen im Alter (auch *Oswald/Wahl* 2016 sowie *Penger et al.* 2019) auf die verschiedenen Alternsprozesse von Menschen hingewiesen und dies impliziert eine *Vielfalt* von Wohnformen, wobei die Suche nach einer Balance zwischen Kontinuität und Diskontinuität eine schwierige Aufgabe darstellt.

Bereits im Zweiten Altenbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 1998 wurde auf die zentrale Bedeutung des Wohnens mit all den sozialen Netzwerken für Ältere hingewiesen. Im Siebten Altenbericht wurde ebenfalls explizit auf das Wohnen und insbesondere auf die lokale Umgebung (insbesondere der Rolle der Kommunen) und neue technische Optionen (wie Smart Homes, Telemedizin) eingegangen. Über 90 % der Personen im Alter von über 65 Jahren leben in privaten Wohnungen; unter fünf % der Personen über 65 Jahre leben in institutionellen Kontexten von Alten- und Pflegeheimen, wobei der Anteil jenseits des 80. Lebensjahres deutlich ansteigt. Altenpflegeeinrichtungen werden von der Mehrheit der Älteren nur akzeptiert, wenn keine anderen Möglichkeiten zur selbstständigen Lebensführung mehr bestehen. Selbst im Falle von Pflegebedürftigkeit bleiben gut 70 % der Betroffenen in der eigenen Wohnung bzw. Immobilie und werden dort versorgt. Deshalb geht es beim Thema „Wohnen im Alter“ nicht nur um die Wohnung/die Immobilie, sondern um das sozialräumliche Umfeld.

Die *Zufriedenheit* mit der eigenen Wohnsituation und dem nähräumlichen Umfeld ist nach empirischen Untersuchungen bei Älteren sehr hoch – insbesondere für diejenigen, die eine eigene Immobilie haben. Deutliche Unterschiede zeigen sich bei dem Immobilienbesitz mit Blick auf Stadt und Land (auf dem Land wohnen fast 80 % der Älteren). In den letzten Jahren ist es zu einer Steigerung der Wohneigentumsquote (insbesondere bei den 70plus) gekommen (vgl. DZA Alterssurvey 2016 und Generali-Altersstudie 2017). Die Daten demonstrieren nicht nur eine hohe Verbundenheit mit dem Wohnzustand, sondern ebenso mit dem Wohnort. Vor pauschalen Bewertungen ist allerdings zu warnen; gerade weil die Wohnung als Verortungspunkt des eigenen Lebens gesehen und mit vielen Erinnerungen verbunden wird, fließen bei Befragungen viele Emotionen mit ein.

Hinsichtlich objektiver Lebenslagen ist auf den Trend zur *Individualisierung* im Alter hinzuweisen; die Zahl der Alleinlebenden steigt (und der größte Anteil davon ist weib-

Koalitionsregime in Ländern und Bund

Auf dem Weg in die Kenia-Republik?

Frank Decker / Fedor Ruhose

Zusammenfassung

Durch die Verfestigung des Sechsparteiensystems droht die Gefahr, dass in Deutschland künftig nur noch breite Koalitionen in der politischen Mitte gebildet werden können. Den größten Nutzen davon hätte die AfD. Um den Weg in die Kenia-Republik zu stoppen, sind flexiblere Formen des Regierens nötig. Die in dem Beitrag erörterten Vorschläge reichen von Minderheitsregierungen über ein verändertes Koalitionsmanagement bis hin zu Reformen der Regierungsbestellung.

1. Koalitionspolitik im Sechsparteiensystem

Zu den Merkwürdigkeiten der Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems gehört, dass dieses durch die Etablierung der AfD am rechten Rand zwar deutlich polarisierter geworden ist, die Polarisierung aber keinen Niederschlag in der Koalitions- und Regierungsbildung findet. Im Gegenteil: Weil die AfD von keiner Partei als möglicher Koalitionspartner betrachtet wird, gestatten die Mehrheitsverhältnisse im Bund und den meisten Ländern heute nur noch ausnahmsweise „lagerinterne“ Koalitionen.¹ So ermöglichen linke Mehrheiten allein in den drei Stadtstaaten das Zustandekommen rot-grüner oder rot-rot-grüner Bündnisse, während mit Bayern und Nordrhein-Westfalen ganze zwei Flächenländer verblieben sind, in denen rein „bürgerliche“ Regierungen amtieren. In allen anderen Ländern und im Bund sind Union und/oder



Professor Dr. Frank Decker

Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Bonn und Wissenschaftlicher Leiter der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP).



Fedor Ruhose

Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz und Policy-Fellow des Berliner Think Tanks „Das progressive Zentrum“

FDP gezwungen, über die Lagergrenzen hinweg mit der SPD und/oder den Grünen zu regieren – und umgekehrt. In Westdeutschland hat sich dabei neben der klassischen eine zweite Variante der Großen Koalition von Union und Grünen herausgebildet, nachdem die letztgenannten in Hessen und Baden-Württemberg zur zweitstärksten beziehungsweise sogar stärksten Kraft aufgestiegen sind. In Ostdeutschland scheint wiederum das Kenia-Bündnis von Union, SPD und Grünen zur neuen Standardformation zu avancieren. Weil CDU und SPD hier zusammen nicht mehr in der Lage sind, eine regierungsfähige Mehrheit hinter sich zu bringen und die FDP als parlamentarische Kraft zu schwach bleibt oder ganz ausfällt, müssen die Grünen als Partner zusätzlich mit ins Boot. In Thüringen war nach der Landtagswahl noch nicht einmal das möglich. Hier gab es zum ersten Mal bei einer Landtagswahl das Szenario einer „negativen“ Mehrheit (von Linken und AfD), das eine normale Regierungsbildung vollends vereitelte.

Thüringen stellt aufgrund der dortigen Stärke der Linken zweifellos einen Sonderfall dar. Doch auch bei einer positiven Mehrheit von untereinander koalitionsbereiten Parteien bleibt der durch das Erstarken der AfD vorgezeichnete Weg in die Kenia-Republik aus demokratischer Sicht prekär. Einerseits entsprechen solche Bündnisse nur bedingt dem Wählerwillen. Die Regierungen rücken mit ihnen nach links, obwohl sich die parlamentarischen Kräfteverhältnisse bei den zurückliegenden Wahlen in den betroffenen Ländern nach rechts verschoben haben. Das stellt insbesondere für die CDU ein Problem dar, für die es dadurch noch schwerer wird, politisches Terrain von der AfD zurückzuerobern. Andererseits leiden die Keniakoalitionen unter ihrer Überdehnung. Als „Konsensmaschinen“ nivellieren sie das inhaltliche Profil der beteiligten Partner bis zur Unkenntlichkeit. Die Kompromisse zwischen deren widerstreitenden Positionen verbleiben häufig auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner und führen so zu politischem Stillstand. Selbst wenn es Erfolge gibt, werden sie durch das wechselseitige Misstrauen der Parteien zunichte gemacht, das diese vor der Öffentlichkeit gar nicht erst zu verbergen suchen und dort das Bild einer permanenten Streitkoalition erzeugen. Die Folge ist ein allgemeiner Vertrauensverlust in die Politik, der kurz- und mittelfristig zumindest in Ostdeutschland zu einem noch weiteren Erstarken der AfD führen könnte.

Was also tun? Das Irrlichtern der Thüringer CDU, die noch am Wahlabend Signale in Richtung einer Zusammenarbeit mit *Bodo Ramelow*s Linken ausgesandt hatte, sich dann aber dazu verleiten ließ, die Wahl des FDP-Politikers *Thomas Kemmerich* zum neuen Ministerpräsidenten mit ihren eigenen Stimmen und denen der AfD zu ermöglichen, dokumentiert den tiefen Riss, der in der Frage des Umgangs mit den Rechtspopulisten vor allem durch die ostdeutschen Landesverbände der Union geht. Während die einen die Partei für eine Zusammenarbeit für die AfD öffnen möchten, halten die anderen an der strikten Abgrenzung gegenüber der immer extremistischer auftretenden Konkurrenz fest. Das Problem in Thüringen lag darin, dass diese Abgrenzung im Gegenzug eine Annäherung an die Linke erfordert hätte, um die Unregierbarkeit des Landes und rasche Neuwahlen zu vermeiden. Indem die CDU-Bundesspitze entsprechende Überlegungen innerhalb des Landesverbandes unter

Politische Bildung für die Demokratie

Sibylle Reinhardt

Zusammenfassung

Demokratie kann verspielt werden. Deshalb braucht sie politische Bildung durch Unterricht in der Schule! Die Fachdidaktik zeigt konkrete Wege und diskutiert die Erforschung der Wirkungen.

1. Comedy in Thüringen und eine Konsequenz

Am 5. Februar 2020 konvertierte die politische Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) das Parlament von Thüringen in eine Jux-Bude, unter (un-)freiwilliger Mithilfe von Abgeordneten der FDP und CDU. Nichts war so gemeint, wie Wähler und Wählerinnen es hätten vermuten müssen: ein Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten wurde von der AfD aufgestellt – aber nicht von ihr gewählt. Gewählt wurde von ihr im 3. Wahlgang der Kandidat einer Partei mit wenigen Abgeordneten im Landtag (FDP), der keine Aussicht auf regierungsfähige Mehrheiten im Landtag haben konnte.¹ Die Bürger und Bürgerinnen des Landes und im Bund, auch die Wähler(innen) der AfD, müssen sich verhöhnt gefühlt haben. Wer sollte hier wie verspottet werden? Nahm hier ein Parlament sich mehrheitlich nicht ernst? Der Schaden für die Demokratie ist gewaltig, die Erinnerung an Weimar drängt sich auf. Ein Parlament der Lächerlichkeit preisgeben und quer durch die Republik Entsetzen und Widerstand zu provozieren – dieser Vorgang ist „unverzeihlich“ (CDU-Kanzlerin Merkel am 6. Februar). Eine Partei,



Prof. i.R. Dr. Sibylle Reinhardt
Mitherausgeberin von GWP

die mit ihren Melde-Portalen Jagd auf Lehrer macht² und die Polizei zu demonstrierenden Schüler(inne)n schicken möchte und die ein Parlament zum Ort des Vergnügens auf Kosten aller transformiert, ist keine Partei für die rechtsstaatliche Demokratie.

In dieser gefährlichen Situation muss politische Bildung für die Demokratie gestärkt werden. Denn Demokratie hängt von ihrer Bildung in den Subjekten ab, die Kompetenzen für ihre Teilhabe erwerben müssen. Besonders die Fähigkeit des Umgangs mit Konflikten wird nicht im Alltag entwickelt, weil unser Privatleben an der Harmonie der Personen orientiert ist, während demokratische Politik meist nur in öffentlichen Auseinandersetzungen zu Entscheidungen für uns alle kommen kann. Fachdidaktische Prinzipien leiten mit ihren Unterrichtsmethoden einen eher selbstläufigen Unterricht – beispielsweise bestimmen ein Konflikt oder ein Problem oder die Aufgabe einer Gründung den Gang des Lernens und auch den Wissenserwerb. Immer sind Kontroversen möglich, der Beutelsbacher Konsens ist die Professionsethik politischer Bildung. Das ist auch die Antwort auf die AfD-Meldeportale und ihre unsinnige Forderung nach Neutralität in den Interaktionen im Unterricht.

Der politischen Bildung fehlen aber Ressourcen für Forschung und Entwicklung und – ganz besonders wichtig – Zeit zum Unterrichten in den Schulen.

2. Demokratie braucht ihre Bildung

Demokratie, begriffen als Herrschaft des Volkes für das Volk und durch das Volk, ist ein unmittelbar überzeugendes Prinzip für Staatlichkeit. Es verbürgt Anerkennung für und durch alle, es gilt die gleiche Achtung aller vor allen. Diese Gleichheit muss aber in ein Verhältnis zur Ungleichheit gesetzt werden, die aus dem Recht auf Individualität folgt und Differenzen und Vielfalt ergibt. Diese Spannung muss ausgehalten und balanciert werden.

Die oberste Norm der Demokratie im Grundgesetz, die Menschenwürde, übersetzt sich bei ihrer Anwendung auf konkrete Situationen in konflikthafte Handeln. Die Anwendung universaler Prinzipien auf partikulare Lebensbereiche verlangt politische Entscheidungen, z.B. zur Frage, wer genau das allgemeine Wahlrecht ausüben darf: nur volljährige und geschäftsfähige Individuen? nur hier lebende Staatsbürger(innen) oder auch andere? usw. usw. Der gemeinsame Wertemaßstab liefert keine automatische Antwort auf Identitäts-Fragen. Welche Vorstellung z.B. von Familie, von Beruf, vom Beitrag zur Gemeinschaft, zur Gesellschaft und zum Staat habe ich? Und welche anderen Vorstellungen kann und will ich anderen zubilligen und welche nicht? Diese Fragen sind nirgendwo vor-entschieden und ein für allemal beantwortet, sondern die Bürger und Bürgerinnen müssen gemeinsam demokratisch regeln, wie sie leben wollen. Böckenförde hat 1967 die große Aufgabe formuliert, die der freiheitliche Staat seinen Bürgern stellt: *„Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“* (1967/1976, S. 60) Mittel des Zwangs würden den Rückfall in totalitäre Ansprüche bedeuten.

Jürgen Habermas hat dies als „Achillesferse der Demokratie“ bezeichnet: „Eine Demokratie kann nicht stabiler sein als der gute Wille und die politische Vernunft ih-

Deutschland in Europa – Geschichte und Gegenwart

Roland Sturm

Zusammenfassung

Deutschlands Rolle in Europa wandelte sich von einer zustimmenden Haltung zu mehr Integration durch Euro- und Flüchtlingskrise zu einer kritischeren Sichtweise. Damit erreichte das Thema Europa den Parteienwettbewerb in Deutschland. Das Modell der „Vereinigten Staaten von Europa“, das die Juncker-Kommission offensiv vertrat, hat – auch angesichts der Rolle des Nationalstaats in der Corona-Krise – an Attraktivität verloren.

1. Zur Vorgeschichte

Bundestagswahlen haben immer auch eine außenpolitische und insbesondere eine europapolitische Komponente. In der Frühphase der Bundesrepublik Deutschland spielten der Kalte Krieg und die Haltung der Parteien zur Sowjetunion eine wichtige Rolle für die Wahlentscheidung. Eng mit dem Kalten Krieg verbunden war die Teilung Deutschlands. Alle damals in Westdeutschland relevanten Parteien, die CDU, die CSU, die SPD und die FDP, setzten sich für die Wiederherstellung der deutschen Einheit ein. Gegenseitige Vorwürfe im parteipolitischen Wettstreit in den Bundestagswahlkämpfen 1949, 1953 und 1957 thematisierten einerseits die schrittweise Westintegration der Bundesrepublik Deutschland und andererseits den formal 1955 abgeschlossenen Aufbau der Bundeswehr als Armee in der NATO. Während die von *Konrad Adenauer* (CDU) geführten Koalitionsregierungen der bürgerlichen Parteien diese



Prof. Dr. Roland Sturm

Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
Institut für Politische Wissenschaft

Themen vorantrieben, gab es anfangs erheblichen Widerstand der politischen Linken, insbesondere der SPD.

Nachdem die SPD in Westdeutschland sowohl den Kurs der transatlantischen Integration akzeptiert hatte als auch die neue militärische Rolle Deutschlands in der NATO unterstützte, verlagerte sich das Interesse späterer Wahlkämpfe in der Bundesrepublik auf wirtschafts- und sozialpolitische Themen. Der Konsens unter den Volksparteien, der CDU/CSU und der SPD, blieb groß, Westdeutschland durch Schritte zur europäischen Integration wirtschaftlichen und politischen Handlungsspielraum zu verschaffen. Politisch souveränes Handeln Deutschlands sollte durch eine Integration des Landes in internationale Organisationen ermöglicht werden. Hierfür steht beispielhaft Westdeutschlands Rolle als Gründungsmitglied der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1957, eine der europäischen Gemeinschaften neben der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, gegründet 1952) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG, gegründet 1957), alles Vorläufer der heutigen Europäischen Union.

Die deutsche Europapolitik¹ fand sowohl in der Bevölkerung als auch bei den politischen Entscheidungsträgern weitgehende Unterstützung. Dies führte zu einer politischen Konstellation in der Europapolitik, die als „permissiver Konsens“ bezeichnet wurde. Damit ist gemeint, dass die Fragen der europäischen Integration weitgehend aus dem politischen Streit genommen wurden, weil es der Konsens in Volk und Regierung letzterer erlaubte, weitreichende europäische Integrationschritte zu gehen, ohne auf Widerstand in der Bevölkerung zu stoßen. Im Gegenteil, die emotionale Verbundenheit mit „Europa“ war in Westdeutschland hoch. Die Annahme einer fortdauernden „automatischen“ Legitimation europapolitischen Handelns der Bundesregierung erwies sich seit den 1990er Jahren aber immer wieder als trügerisch, vor allem, wenn es um die Erweiterung und die Vertiefung der Europäischen Union ging. Sowohl die Einführung des Euro als auch die Griechenland-Hilfe oder die EU-Haltung zum Türkeibeitritt zeigten, dass Teile der Bevölkerung nicht mehr jede Entscheidung der politischen Eliten mitzutragen bereit waren. In Bundestagswahlkämpfen und erst Recht in den Bundestag schafften es die Zweifel an bestimmten Aspekten der europäischen Integration lange nicht. 2013 scheiterte die als eurokritische Partei angetretene AfD knapp an der 5%-Hürde.

Bei der Bundestagswahl 2017 war die Frage nach der Zukunft der europäischen Integration keine nebensächliche. In den Augen der Wählerinnen und Wähler blieb es aber bei marginalen Unterschieden parteipolitischer Positionen.² CDU, SPD und Grüne wurden als gemäßigt integrationsfreundlich wahrgenommen, die FDP galt als integrations skeptischer. Der Linken und der CSU wurde Zufriedenheit mit dem Status quo unterstellt. Als ausgesprochen kritisch eingestellt gegenüber der europäischen Integration galt nur die AfD. Die Wahlkämpfer forcierten allerdings diese Unterschiede zwischen den Parteien nicht, und die meisten Wählerinnen und Wähler verknüpften das Thema „europäische Integration“ nicht mit ihrer Wahlentscheidung. Die europäische Integration entwickelte sich bisher nicht zu einem das Parteiensystem und Wahlerfolge prägenden „Großthema“ wie andere außenpolitische Themen zuvor.

Grundrechte und die Coronavirus-Pandemie

Eine exemplarische Problemskizze

Heiner Adamski

Die gegenwärtigen weltpolitischen Entwicklungen und die Innenpolitik vieler Staaten sind von der Verbreitung eines in China ausgebrochenen Virus und von Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung bestimmt. Zu Anfang wurde von einer zeitlich befristeten Infektionskrankheit und Massenerkrankung in einer chinesischen Provinz gesprochen: einer saisonalen Influenza (Virusgrippe). Eine solche regional begrenzte Krankheitsverbreitung ist medizinisch gesehen eine Epidemie. Es wurde aber schnell klar, dass es sich nicht um eine Epidemie, sondern um eine Pandemie handelt – um eine sich schnell verbreitende und ganze Länder und Kontinente erfassende Krankheit: die sog. Corona-Pandemie (COVID-19). Zudem wurde klar, dass die Krankheit von einem neuartigen, medizinisch (noch) nicht erforschten Virus ausgelöst wird. Damit verbunden war die Erkenntnis, dass es in der Bevölkerung keine Immunität gibt und dass es wegen der fehlenden Möglichkeiten einer Impfung zu einer erhöhten Zahl von schweren Erkrankungen und Todesfällen und zur Überlastung der Gesundheitsversorgungsstrukturen – falls es sie überhaupt gibt – und damit weltweit zu Katastrophen kommen könnte. Die Dramatik der weltpolitischen Lage wurde in medial verbreiteten Erklärungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO), der Vereinten Nationen (UNO) und des UNO-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) deutlich. Die WHO hat den Ausbruch der Pandemie zu einer gesundheitlichen Notlage von internationaler Tragweite erklärt. Die UNO sieht die Pandemie als Bedrohung der Menschheit. Das UNO-Flüchtlingshilfswerk sieht die Welt in einem Ausnahmezustand.



Heiner Adamski

Sozialwissenschaftler mit den Arbeitsschwerpunkten Bildung und Recht, Staatsformen und Rechtsbewusstsein in Deutschland

„Und dann google ich...“

Recherchestrategien von Schüler*innen im Internet

Sören Torrau

Zusammenfassung

Im vorliegenden Beitrag wird thematisiert, wie eine Schülerin einer 10. Klasse eine Suchmaschine als formale Orientierungshilfe verwendet, um selbst inhaltliche Entscheidungen für ihre Präsentation treffen zu können. Dabei werden fachdidaktische Potenziale herausgearbeitet, wie Recherchen und Präsentationen im sozialwissenschaftlichen Unterricht eingesetzt werden können.

1. Die Suchmaschine als Tor zur digitalen Welt

Die Internetrecherche hat sich in der „Google-Gesellschaft [...] zu einer zentralen Kulturtechnik“ (Schetsche/Lehmann/Krug 2007, 17) entwickelt und ist fest in schulische Curricula integriert. Im Hamburger Bildungsplan für das Fach Gesellschaft wird z.B. das Lernziel formuliert, „in einem systematisch aufgebauten Lernprozess [...] gezielt Informationen im Internet zu recherchieren, diese geeignet zu filtern und bezüglich der Relevanz für ihre Fragestellungen einzuschätzen“ (Bildungsplan Hamburg 2014, 22). Diese formale Bestimmung, die an unterschiedlichen Themen erprobt werden kann, thematisiert fachdidaktische Kernfragen der Auswahl („filtern“) und Begründung („Relevanz einschätzen“) von Wissen. Schüler*innen werden mit dieser Aufgabe vor allem bei Präsentationen konfrontiert, in denen sie eigene Leitfragen entwickeln, recherchieren und Ergebnisse erarbeiten sollen.



Prof. Dr. Sören Torrau

Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
Didaktik der Sozialkunde/Politik und Gesellschaft

Lehrer*innen geben Schüler*innen für ihre Recherchen häufig Freiräume, die sie erst während einer Präsentation nachvollziehen können. Zugleich sind sie gefordert, das Präsentierte ad hoc unterrichtlich einzubinden. Daher müssen sich Lehrkräfte in ihren Planungen auf die thematischen Schwerpunkte der Schüler*innen einstellen.

Für Recherchen werden oft Suchmaschinen verwendet. Suchmaschinen spielen „eine zentrale Rolle bei der Organisation digitaler Informationen“ (Cardon 2017, 131) und können somit Relevanzbestimmungen beeinflussen. Dies ist für sozialwissenschaftliche Lernprozesse bedeutsam: Suchmaschinen können einerseits ein übersichtlicher Zugang zur Komplexität gesellschaftlicher Vielfalt sein. „So bedeutet etwa die Tatsache, dass das Internet keine zentrale Instanz besitzt, die entscheidet, was und wie publiziert werden kann, dass wir auf Suchmaschinen angewiesen sind, um uns zurechtzufinden.“ (Stalder 2018, 13) Andererseits könnte sich eine maschinelle Strukturierung einstellen, die sich auf Unterrichtsthemen auswirken kann (vgl. ebd.). Denn Auflistungen von Suchmaschinenergebnissen basieren auf Algorithmen. Algorithmen sind allerdings keine „omnipotent[e]n Souveräne gegenwärtiger Gesellschaft“ (Roberge/Seyfert 2017, 8), sondern in soziale Aushandlungen verwoben, die näher bestimmt werden müssen.

Die fachdidaktische Frage nach der Auswahl und Begründung des Relevanten wird mit den Sortierungsvorschlägen von Suchmaschinen in anderer Weise umgesetzt. Sozialwissenschaftlicher Unterricht als „unterrichtliche Kommunikation über gesellschaftliche Kommunikation“ (Grammes 2018, 72) steht in einem Wirkungsgefüge digitaler Relationen, die für die Unterrichtsplanung berücksichtigt werden sollten:

- Wie recherchieren Schüler*innen mit wirklichkeitsstrukturierenden Suchmaschinen, um thematische Zugriffe für ihre Präsentationen zu entwickeln?
- Wie beeinflussen Präsentationen Schule als Vermittlungsinstanz offiziellen Wissens, wenn Schüler*innen mithilfe von Internetrecherchen eigene Schwerpunkte setzen können?
- Und wie können die von Schüler*innen recherchierten und präsentierten Inhalte in sozialwissenschaftlichen Lernprozessen fachdidaktisch modelliert werden?

2. Curriculare Bestimmung von Internetrecherchen

Die Internetrecherche ist fester Bestandteil von Präsentationen. In Handreichungen zum Präsentationsformat, die von den Landesinstituten herausgegeben werden, wird die Bedeutung von Internetquellen hervorgehoben. In der Hamburgischen Handreichung heißt es beispielsweise, dass „bei der Suche im Internet [...] der erste Weg fast immer über verschiedene Suchmaschinen“ (LI Hamburg 2014, 23) führt. Der Unterricht sei dafür verantwortlich, Schüler*innen Recherchekompetenzen zu vermitteln.

Da die Recherchen nicht vorstrukturiert werden sollen, ist das „Wissen, mit dem die Schüler bei der Informationsrecherche im Internet konfrontiert sind [...], kein didaktisiertes Wissen“ (Spahn 2011, 170). In den Handreichungen wird demzufolge auf die Herausforderung für Schüler*innen hingewiesen, ihre Suchmaschinenabfragen

Identitäre gegen Demokratie

Kritik der Erziehung zum Ethnopluralismus

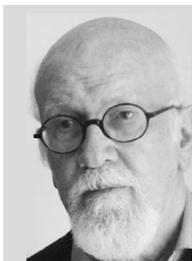
Hans-Joachim von Olberg

Zusammenfassung

Ausgehend von der Darstellung des neu erschienenen Erziehungsratgebers von Caroline Sommerfeld „Wir erziehen“ (2019) aus dem Antaios-Verlag werden das aktuelle politische und gedankliche Umfeld der Neuen Rechten wie der Identitären Bewegung sowie die historischen Vorläufer völkischer Erziehungsvorstellungen aufgezeigt. Die Begründungen und vorgeschlagenen Handlungsmaximen dieser in der Geschichte der Bundesrepublik so noch bislang nicht bekannten, aber mit hohem Anspruch ausformulierten Konzeption völkischer Erziehung werden einer kritischen Prüfung unterzogen und offene Fragen der erziehungswissenschaftlichen Auseinandersetzung mit rechtsextremer Theorie und Praxis benannt.

1. Eine rechte Philosophin

Im Frühjahr letzten Jahres erschien ein Erziehungsratgeber unter dem Titel „Wir erziehen“ (Sommerfeld, 2019). Die Autorin Dr. Caroline Sommerfeld ist promovierte Philosophin und publiziert seit einigen Jahren vornehmlich im Antaios-Verlag, der als gedankliches Zentrum der Identitären Bewegung in Deutschland und Österreich gilt. Der Antaios-Verlag mit seinem Verleger *Götz Kubitschek* residiert im ländlichen Schnellroda in Sachsen-Anhalt auf einem ehemaligen Rittergut. Zusammen mit *Martin Lichtmesz* hat dort *Caroline Sommerfeld* schon ein Buch unter dem Titel „Mit Linken leben“ veröffentlicht (*Lichtmesz/Sommerfeld* 2017), das bei seiner von dem Thüringer AfD-Chef *Björn Höcke* begleiteten Präsentation auf der Frankfurter Buchmesse 2017



Hans-Joachim von Olberg

Lehrbeauftragter am Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Münster und Redakteur der Zeitschrift POLIS

massive Proteste und einen aufsehenerregenden Polizeieinsatz ausgelöst hatte. Gemeinsam mit *Ellen Kositzka*, der Ehefrau von *Götz Kubitschek*, hat *Sommerfeld* im vergangenen Jahr ein weiteres Buch herausgebracht, das Literaturvorschläge zum Vorlesen für Kinder macht. *Kositzka* ist Mutter von sieben und *Sommerfeld* von drei Kindern und somit gibt es von daher gesehen scheinbar eine Rechtfertigung, dass die beiden Frauen Ratschläge zur Kindererziehung geben. *Sommerfeld* bloggt außerdem seit mehr als dreieinhalb Jahren intensiv mit einer Art Netz-Tagebuch auf der Internetseite von *Kubitscheks* Theorie-Zeitschrift „Sezession“.

Aber die seriösen, überregionalen Medien der Bundesrepublik haben *Caroline Sommerfeld* bislang nicht in ihrer Rolle als „neurechte“ Erziehungstheoretikerin (wie sie sich selbst bezeichnet) wahrgenommen, sondern vornehmlich die publicity-trächtige Story um ihre Ehe mit dem emeritierten Literaturwissenschaftler Prof. *Helmut Lethen* thematisiert, der allgemein als Linker und „Altachtundsechziger“ eingeordnet wird. *Lethen* hatte u.a. bemerkenswerter Weise das im Dritten Reich teilweise innige Verhältnis der kulturellen Elite zum Nationalsozialismus am Beispiel von *Carl Schmitt*, *Wilhelm Furtwängler*, *Ferdinand Sauerbruch* und *Gustav Gründgens* untersucht. Insofern ist *Sommerfeld* allein von ihrer Familienkonstellation her nicht nur Expertin für Kindererziehung, sondern auch prädestiniert für die Beantwortung der Frage, wie man sich als Rechts-Intellektuelle in einem überwiegend liberal-alternativen Umfeld behaupten kann („Mit Linken leben“).

Betrachtet man die mediale Rezeption dieses Ratgebers für rechte Erziehung, fällt zunächst auf, dass seit seinem Erscheinen im April 2019 in den Internetauftritten des autoritär-nationalistischen Spektrums *Sommerfelds* Werk sehr häufig und positiv vorgestellt und kommentiert worden ist (Politically Incorrect 2019; *Kositzka* 2019; *Schmidt* 2019; *Bosselmann* 2019; *Gmehling* 2020 usw.). Auf YouTube findet sich zudem der Mitschnitt eines Vortrags zum Thema von *Caroline Sommerfeld* selbst in der „Bibliothek des Konservatismus“, einem rechten Thinktank in Berlin, aus dem August des Vorjahres (*Sommerfeld* 2019b). Die überregionale Tages- und Wochenpresse sowie Rundfunk und Fernsehen haben „Wir erziehen“ bislang keiner Besprechung für würdig befunden; von dem bisherigen Schweigen der Erziehungswissenschaft zur Publikation gar nicht zu reden.

Man kann dieser Nicht-Beachtung zunächst ein gewisses Verständnis entgegenbringen. Denn es stellt sich die Frage, ob durch eine breite öffentliche Thematisierung dieser neu-rechten Schrift nicht unangemessen viel Aufmerksamkeit verschafft wird. Schließlich werden seit 2016 die Identitären in Deutschland, deren Chefideologe *Götz Kubitschek* und die Zeitschrift „Sezession“ ihr Zentralorgan ist, vom Verfassungsschutz beobachtet und seit Juli 2019 offiziell von dort als „rechtsextremistische Bewegung“ eingestuft. Aber dürfen Wissenschaft und liberale Publizistik deshalb auf eine inhaltliche Auseinandersetzung mit *Sommerfelds* Erziehungskonzept verzichten? Besonders schwer wiegt das Argument, dass es in Deutschland seit 1945 keine einzige explizite Programmschrift mehr zu Erziehungsproblemen aus der äußersten rechten und völkischen Szene gegeben hat. Die letzten 75 Jahre schien dieser Geist in der Flasche verschlossen, während völkische Erziehungsansätze seit dem 19. Jahrhundert bis